

Klima-Protest beim Weltwirtschaftsforum

Greta Thunberg und mehrere hundert Aktivistin*innen reisen zum Firmen-Politik-Gipfel nach Davos, um ein schnelles Ende des Kohlendioxid-Ausstoßes zu fordern

Von Hannes Koch

Sie wollen auch über die Berge kommen. Kritiker*innen des Weltwirtschaftsforums von Da-vos haben angekündigt, mit Tourenski aus den umliegenden Tälern zu dem Bergort hinauf-zukraxeln und durchs Gelände um die Polizei herumzufahren. Der Protest gegen den alljährli-chen Manager- und Politikergipfel erlebt in diesem Jahr eine Re-naissance – angetrieben durch die Klimadebatte.

Das Weltwirtschaftsforum (WEF) beginnt am kommenden Dienstag. Zusammen mit Dutzenden Staatschefs, Hunderten Minister*innen und Tausenden Firmenvorständen werden auch US-Präsident Donald Trump, Kanzlerin Angel Merkel und Klimaaktivistin Greta Thun-berg erwartet. "Die Mitglieder des WEF tragen eine große Ver-antwortung für die Klimakrise", schreibt die Gruppe Strike WEF. Sie beruft sich auf eine Untersuchung des Carbon Accoun-tability Institute (Institut für Kohlenstoff-Verantwortung) aus Colorado, USA, derzufolge allein 20 Erdöl-, Gas- und Kohlekonzerne ein Drittel aller glo-

verursachten. Einige von ihnen wie Saudi Aramco, Chevron und BP gehören zu den strategischen Partnern des WEF. Sie finanzieren die Veranstaltung und be-einflussen ihre Agenda.

Als Teil der weltweiten Fridays-for-Future-Bewegung hat Strike WEF unter anderem eine Protestwanderung angemel-det. Der Fußmarsch beginnt am kommenden Sonntag in der Stadt Landquart in Graubün-den und soll am Montag Klos-ters unterhalb von Davos erreichen. Nur für diesen Teil der De-monstration hat die Polizei die Benutzung der Straße erlaubt. Danach wolle man über Wan-derwege, für die keine Erlaubnis nötig sei, nach Davos ge-langen, sagte Payal Parekh von Strike WEF.

Dort wollen die Klimastreiker*innen am Dienstag an einer Kundgebung teilnehmen, die die Jungsozialist*innen Grau-bünden bei der Polizei angemeldet haben. Die hat eine Veranstaltung mit 300 Leuten auf dem Rathausplatz in der Nähe des Bahnhofs genehmigt. Später gibt es eine "Volksversammlung" in einer Schule, um zu bera ten, wie sich die Kohlendioxidemissionen bis 2035 auf null

senken lassen. Möglicherweise wird Greta Thunberg, die Initi-atorin der Fridays-for-Future-Bewegung, an den Protesten teilnehmen. Sie soll aber auch im offiziellen Programm des Forums auftreten. Im großen Saal diskutiert sie unter ande-rem mit Oliver Bäte, dem Vor-standsvorsitzenden der Allianz Versicherung. WEF-Chef Klaus Schwab ist bemüht, seine Veranstaltung nicht als Kongress von Konzernen erscheinen zu lassen, sondern ihm den Anschein der Offenheit zu verlei-hen. Deshalb hat das WEF Aktivistin Thunberg als eine von zehn jugendlichen "Change Makers" eingeladen.

Diese Flexibilität ist eine Lehre aus früheren Konfronta-tionen. Während das heutige WEF his in die 1980er Jahre nur ein Managertreff mit begrenzter Reichweite war, mauserte es sich im Zuge der neuen Globa-lisierung zum Weltwirtschaftsforum, Linke Kritiker*innen der Globalisierung, die Ende der 1990er unter anderem die Organisation Attac und 2001 das Weltsozialforum im brasilianischen Porto Alegre gründeten, betrachteten Davos als ihren natürlichen Gegner und Dreh-

Der Global Risks Report 2020

Das Weltwirtschaftsforum nennt erstmals

Umweltrisiken auf den ersten Plätzen: 1 Extreme Wetterereignisse

2 Scheitern der Klimaschutz- und Anpassungs maßnahmen 3 Umweltkriminalität wie Öl- und radioaktive

Kontamination

4 Verlust von Artenvielfalt und Ökosystemen 5 Große Naturkatastrophen wie Erdbeben oder

scheibe der globalen Herrschaft der kapitalistischen Konzerne.

Im Jahr 2000 zog eine De-monstration mit rund 1.000 Leuten durch Davos, 2001 kam es zu Straßenschlachten in Zürich. 2004 wurden linke Davos Gegner*innen in Landquart von der Polizei eingekesselt. Jahre-lang tagte parallel zum Forum in Davos die Organisation Public Eye (Öffentliches Auge) und verlieh ihre Schmähpreise an Konzerne, 2015 hatte sich diese Protestform erschöpft. Nun geht es wieder los. "Die Mitglieder des WEF stehen für ein System das in einer endlichen Welt auf unendliches Wachstum baut", schreibt Strike WEF. Das WEF



Bernhard Pötter Wir retten die Welt

Die verbale Abaco auf den Bahamas im September 2019: Der Erderwärmung

Hurrikan

verwüstet

"Dorian" hatte

Foto: Gonzalo

Gaudenzi/ap

Über die "Klimahysterie" ist alles gesagt, oder? Der Begriff ist abwertend, er verneint die Realität, er ist sexistisch. Gern benutzen ihn die LeugnerInnen des Klimawandels und die AfD. Ein richtig gutes "Unwort des Jahres" haben wir da Anfang der Woche serviert bekommen. Man darf sich nur nicht von dem Gedanken ablenken lassen, was eigentlich ein Unwort ist. Ein Nichtwort? Unmöglich so was, oder? Auch ein Unkraut ist ein Kraut, ein Unmensch ein Mensch, ein Unfall ein Fall.

Wörter und Unwörter des Jahres sind nicht nur Wortklauberei. Wie und was wir reden, prägt unser Denken. Und da denken wir offenbar viel über die Klimakrise nach, wenn man Sprachforschern glauben darf. 2018 war "Heiß-zeit" Wort des Jahres in Deutschland – die Beschreibung eines neuen, sehr ungemütlichen Zustands, in den unsere Welt gerade kippt. Und wir sind nicht allein. Der britische *Eco*-

nomist, das von mir sehr geschätzte Fachblatt für den heimlich hellgrün denkenden Kapi-talisten, hat eine Übersicht zum Klimasprech weltweit zusammengetragen: Da wären natür-lich "Flygskam", die schwedische Flugscham, und der "Tagskryt", der Zugstolz für den Öko-Traveller. Der muss in den Niederlanden vor-sichtig sein, nicht zum nur sprachlich sehr populären "Laadpaalklever" zu werden, der sein E-Mobil ewig am Ladepfahl hängen lässt und so die Verkehrswende blockiert. Gleich nebenan in Belgien war Wort des Jahres 2019 "winkelhie-ren", also schön nachhaltig "lokal einkaufen". Und die Holländer votierten für "Boomer" - das verächtliche Wort für die Babyboomer-Genera-tion, die alles hatte und den Karren ökomäßig

so richtig in den Dreck gefahren hat.
Die Briten wiederum stimmten direkt für "Climate Emergency" –einen Begriff, den auch die UNO inzwischen offiziell für das Erderwärmungschaos verwendet. Nur wir Deutschen, sonst vorn dabei, wenn es um Weltschmerz und German Angst geht, zeigten uns vordergründig cool: Wort des Jahres 2019: "Respektrente".

Ja genau. Hatte ich auch noch nie gehört. Aber ich kann Sie beruhigen: Wir Deutsche haben die gute alte Lust an der Ökokalypse keinesfalls verloren. Nur bei einem Wort des Jahres der vergangenen Jahre kann man wirk-lich keine Verbindung zur Erderhitzung herstellen: Heißzeit, Jamaika-Aus, postfaktisch, Flüchtlinge, Lichtgrenze, Groko, Rettungsrou-tine, Stresstest, Wutbürger. Abwrackprämie, Finanzkrise. Und schon 2007 waren wir ganz vorn: Klimakatastrophe.

Großagrarier führt Bauernproteste

Ihr Sprecher Andresen ist an einer riesigen Sauenhaltung beteiligt. Die Bewegung streitet Überdüngung ab

Von Jost Maurin

Der bekannteste Sprecher der Bauernprotestbewegung "Land schafft Verbindung Deutschland", Dirk Andresen, hat eine überdurchschnittlich große Sauenhaltung. Die Anlage der Andresens im vorpommerschen Siedenbollentin wurde laut dem beauftragten Ingenieurbüro, Baukonzept Neubrandenburg, im Jahr 2008 für 1.250 Sauen umgebaut. Das ist mehr als fünfmal so viel wie der durchschnitt-liche Sauenbestand in Deutschland, der nach Angaben des staatlichen Thünen-Agrarfor-schungsinstituts nur 244 Tiere beträgt. Die größeren ostdeutschen Betriebe verdrängen zunehmend mittelständisch-bäu-

erliche vor allem im Westen.
Auch die landwirtschaftliche Fläche ist groß: Die Andresen Siedenbollentin GmbH & Co. KG erhielt laut Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung im Jahr 2018 Direkt-zahlungen von der EU für 1.325 Hektar. Der Durchschnittsbe-

trieb in Deutschland hat nur rund 60 Hektar.

Andresen wollte der taz nicht

mitteilen, wie groß die Anlage in Mecklenburg-Vorpommern ist: "Das ist der Betrieb meines Vaters." Deshalb wisse er zum Bei-spiel nicht, wie viele Sauen dort gehalten werden. Auf erneute Nachfrage räumte er jedoch ein, dass er an dem Betrieb beteiligt ist, was auch auf der Inter-netseite von "Land schafft Ver-

bindung" steht.
Auf die Frage, ob Andresen überhaupt für den durchschnittlichen Landwirt sprechen kann, antwortete er, dass in Ostdeutschland die Betriebe aus historischen Gründen größer seien: "Die Probleme der neuen Bundesländer sollen sich natürlich auch in 'Land schafft Verbindung' wiederfinden." Sein Co-Sprecher, der Bayer Sebastian Dickow, ergänzte: "Wir stehen ja für die Landwirtschaft als Ganzes, und da gehören auch größere Betriebe dazu." "Mit der Betriebsgröße ist

eine bestimmte Interessenlage

verbunden", sagte dagegen Ul-rich Jasper, Bundesgeschäfts-führer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft. Wenn mehr Bauern wüssten, wie groß Andresens Betrieb ist. würden sich viele nicht von ihm vertreten lassen, meint er.

Tausende Landwirte der Be-wegung wollen am Freitag erneut gegen Umweltvorschriften für ihre Branche demonstrieren Veranstaltungen mit Traktoren würden zum Beispiel am Rande der Agrarmesse "Grüne Woche" in Berlin sowie in Bayern, Niedersachsen. Bremen und Hessen stattfinden, kündigten die Organisatoren an.

Sie wenden sich vor allem gegen einen Entwurf des Bundesagrarministeriums für eine Reform der Düngeverordnung. Er soll besonders die Düngung mit Stickstoff einschränken. Denn die potenziell gesundheits-schädliche Stickstoffverbin-dung Nitrat belastet das Grundwasser, aus dem das meiste Trinkwasser gewonnen wird. In der Umwelt trägt zu viel Dünger

zum Aussterben von Pflanzenund Tierarten sowie zum Klimawandel bei.

Der durchschnittliche Bauer vürde nicht überdüngen, sagte Dickow der taz. In den jüngs-ten Stickstoffflächenbilanzen für Deutschland hatte die Universität Gießen jedoch festge-stellt, dass die Landwirtschaft ihren Feldern von 2008 bis 2017 pro Hektar im Schnitt 77 Kilo-gramm mehr Stickstoffdünger zugeführt hat, als die Pflanzen aufgenommen haben, Tendenz: steigend

"Die haben nicht den Rückgang der Tierhaltung berück-sichtigt", argumentierte Dickow. Der Überschuss sei deshalb geringer. "Das ist völliger Quatsch", antwortete Martin Bach, Co-Au tor der Gießener Studie. "Das steckt natürlich da drin." Für die Bilanzen würden Daten vom Statistischen Bundesamt zu Flächennutzung, Erträgen, Mineraldüngung und Viehhal-tung genutzt. "Die Methodik ist langjährig eingeführt und erprobt", so Bach.

taz# genossenschaft

DIE FREIHEIT DER MEINUNG IST UNANtazBAR.

Demokratische Gesellschaften brauchen eine unabhängige Presse

Setzen Sie ein Zeichen für Meinungsvielfalt und gegen Meinungsmache, Werden Sie Mitglied der taz Genossen schaft. Mit einer Einlage ab 500 Euro (wahlweise auch in 20 Raten zahlbar) können Sie Miteigentümerln werden,

geno@taz.de | T (030) 25 90 22 13 | www.taz.de/genossenschaft